

# Die Zeitung von unten!

# Wand

# Kölner

# Zeitung

# 27

Oktober 1982

Flugblätter und Plakate werden bevorzugt abgedruckt. Diese Zeitung wird in Köln an die Wände geklebt und ist an einigen Stellen (SSK) für 50Pfg zu kaufen. Wer uns unterstützen will, kann uns beim Kleben und Verbreiten helfen und/oder ein Förderabonnement bestellen. Jahrespreis ab 50,- DM. Damit wird ein Teil der Druckkosten finanziert. Wer wenig Geld hat erhält es für 25 Mark.

Die Kölner Wandzeitung berichtet regelmäßig über Aktionen gegen Kölner Klügel, Verschwendung, Schiebereien, Spekulationsgeschäfte, Unterdrückung, Beamtenwillkür auf Kosten des kleinen Volkes.

Verlag: Kölner Stadtforum e.V.

Herausgeber  
SSK e.V. Liebigstr.25, 5 Köln 30  
Druck: Betrieb  
Merkenicher Str.99, 5 Köln 60

Verantwortlich:  
K.Kaecke,  
K.Breidenbach



Filzstifte verpacken für die Firma KREUZER.

## Weg mit dem Arbeitszwang

### ZUM BEISPIEL: LKH LANGENFELD

Dieter B. wurde Anfang des Jahres auf der Knaststation 13 dermaßen mit Medikamenten vollgepumpt, daß er nicht mehr ruhig stehen sich kaum noch auf ein Gespräch konzentrieren konnte und ständig zitterte. Trotz dem mußte er noch eine halbe Stunde qualvolle Arbeitsleistung pro Tag bringen. Mit der Drohung, daß ihm ansonsten KEIN BESUCH mehr erlaubt war, wurde er dazu erpresst.

Herr T. (Station 21) sah es nicht ein, sich für einen Pfenniglohn ausbeuten zu lassen. Er weigerte sich an dieser Therapie, die nur die Firmen und den Landschaftsverband gesund macht, teilzunehmen. Die Strafe für die Arbeitsverweigerung MEHR MEDIKAMENTE, KEINE ENTLASSUNG.

Auch die anderen Anstalten nützen die Abhängigkeit der Insassen brutal

Mieter- und Rechts-Beratung  
SSK-Salierring 39, Tel. 21 31 75, Mo ab 20 Uhr  
SSK-Mülheim, Düsseldorfer Str. 74, Tel. 62 50 52  
Do ab 20.30 Uhr  
SSK-Ehrenfeld, im KALZ, Phillipstr. 23, Tel. 55 61 89  
Di ab 20 Uhr

Beschwerdezentrum  
SSK-Ehrenfeld, Liebigstr. 25, Tel. 55 61 89  
täglich 9-22 Uhr, Sa und So 9-20 Uhr  
Treffen Di 20.30 Uhr

Ambulanz im SSK  
Salierring 39, Tel. 21 31 75  
Mo, Di, Do, Fr ab 19 Uhr, Zahnarzt Mi ab 19 Uhr

aus, um sie zur HUNGERLOHNBREIT zu zwingen. Ob man Besuch oder Ausgang haben, auf eine offene Station oder entlassen werden will – oft genug heißt es da zuerst: Ab in die Arbeits„therapie“. Selbst dort wo keine direkten Drohungen ausgesprochen werden, ist von der Freiwilligkeit der Arbeit nicht viel zu halten. Wo die einzige Alternative darin besteht, den ganzen Tag auf einer öden Station zu verbringen, kann so gar die stumpfsinnigste Arbeit noch als das kleinere Übel erscheinen. Und schließlich zwingt auch Armut dazu, sich den schlimmsten Bedingungen zu unterwerfen, um wenigstens ein paar Mark verdienen zu können.

### Kein Betriebsrat und keine Gewerkschaft

2.600 Arbeiter/innen werden im Rheinland in den sogenannten Arbeits„therapien“ ausgebeutet. Das sind mehr als ein Drittel aller Insassen. Das Arbeitsrecht gibt es für sie nicht. Kein Betriebsrat und keine Gewerkschaft vertreten ihre Interessen. Nur 60 von ihnen sind sozial versichert. Für alle anderen bedeutet das, daß sie nach der Entlassung KEINERLEI ANSPRÜCHE aus Arbeitslosengeld oder Rente haben - selbst, wenn sie davor jahrelang gearbeitet haben.

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) und die Firmen profitieren

von der Rechtslosigkeit und den Hungerlöhnen. Durch die Produkte, die in den Arbeits„therapien“ hergestellt werden, nimmt der LVR jährlich ca. 1,3 Millionen ein. Diejenigen die diese Produkte erarbeitet haben, bekommen davon aber nur einen Teil als „Belohnung“ bezahlt. Von dem Rest wiederum werden Insassen bezahlt die auf den Stationen arbeiten.

Der LVR spart so Unsummen von Personalkosten. Denn ohne die arbeitenden Patienten würde der Anstaltsbetrieb an vielen Stellen zusammenbrechen. Es müßten zig neue Mitarbeiter eingestellt und mit entsprechendem Tariflohn bezahlt werden.

Die Firmen (z.B. Prym, Kautex, Kreuzer, VW, Nixdorf) machen ebenfalls noch einen Riesengewinn indem sie die Aufträge in den LKHs billig und termingerecht erledigen lassen. Ein Hilfsarbeiter verdient schließlich in einer Stunde mehr, als ein Psychiatrie Insasse mit der höchsten Lohngruppe an einem ganzen Tag.

Da ist die vor kurzem vom LVR beschlossene Erhöhung der „Belohnung“ auf maximal 150 Mark im Monat wirklich ein schlechter Witz!

### Aufruf

Die Unternehmer und Elendsverwalter sollen nicht weiter in Ruhe absahnen können. Vermiesen wir ihnen das Geschäft mit Ausbeutung und Arbeitszwang! Aber das geht nur zusammen mit euch: INFORMIERT UNS ÜBER DIE ZWANGSMABNAHMEN! NENNT UNS DIE FIRMEN DIE VON DEM ELEND PROFITIEREN! SCHREIBT UNS ÜBER EURE ERFABRUNGEN! Welche Arbeit müßt ihr machen? Wieviel Geld bekommt ihr dafür? Was

geschieht, wenn ihr krank seid? Gibt es bei euch Leute, die sich gegen Arbeitszwang und Ausbeutung wehren?

Schon öfters konnten wir Einzelne, die sich gegen die Arbeit gewehrt haben, unterstützen. Mehr erreichen können wir aber nur, wenn wir gemeinsam vorgehen. Im LKH Bonn konnten die arbeitenden Insassen 1983 durch Aktionen mit dem Beschwerdezentrum durchsetzen, daß der LVR die geplante Streichung von Urlaubs- und Krankengeld zurücknehmen mußte.

Ein erster Schritt der gezeigt hat, daß arbeitende „Patienten“ sich nicht alles gefallen lassen und sich erfolgreich zur Wehr setzen können.

KEINE HUNGERLOHNBREIT IN ANSTALTEN (und anderswo...)  
GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT  
WEG MIT DEM ARBEITSZWANG.

### Betrug an Behinderten

Der LVR ist nach dem Gesetz (wie jeder Betrieb) dazu verpflichtet 6% seiner Arbeitsplätze mit Schwerbehinderten zu besetzen. Oft sind dies ehemalige Patienten, die nach der Entlassung weiter auf dem Gelände wohnen und im LKH arbeiten.

1979 wurde bekannt, daß der LVR diese Behinderten um Millionen betrogen hat. Sie bekamen nur 60% von dem ihnen zustehenden Tariflohn.

Anton Kessel, der im LKH Düren als Küchenhelfer arbeitet, wurden da durch monatlich 500 Mark vorenthalten. Zusammen mit dem SSK klagte er dagegen und bekam vor dem Arbeitsgericht Recht, der LVR mußte zahlen.

Stimmt es, daß der LVR diese rechtswidrige Praxis immer noch betreibt? ?

WER MEINT, DAß ER ZU WENIG LOHN BEKOMMT, ODER DAß FÜR DAS WOHNEN IM LKH ZU HOHE ABZÜGE GEMACHT WERDEN, SOLL SICH BEI UNS MELDEN!  
LOHNKÜRZUNG BEI BEHINDERTEN IST RECHTSWIDRIG – WIR WERDEN DAGEGEN KLAGEN!!



Beschwerdezentrum  
Psychiatrie e.V.

Liebigstr. 25  
5 Köln 30  
Tel. 556205

## Kartoffeln

aus eigenem  
biologisch - dynamischen

Anbau

1 KG 1,- DM  
12,5 KG 10 DM  
1 Ztr. 30 DM

Sorten: Nicola + Arla  
zum Einkellern



SSK Mülheim  
Düsseldorfer Straße 74  
5000 Köln 80 (Mülheim)  
62 50 52

# Polizei in Porz heißes Pflaster

Im Juli diesen Jahres bekamen wir, drei Mitglieder des SSK-Porz, von der Staatsanwaltschaft eine Anklageschrift zugestellt, nach der wir angeblich „gemeinschaftlich handelnd“ andere beleidigt haben sollen. „Andere“, so konnten wir ein Stück weiter dem wesentlichen Ergebnis der Ermittlungen entnehmen, waren zwei Polizeibeamte, Bieber und Kitz. Sie hätten wir, so weiter der Text, mit Ausdrücken wie „Arschloch, blöde Bullensau, Scheißbullen, Arschlochbullen“ bedacht und zwar am 26. Februar diesen Jahres „anlässlich einer Überprüfung“.

Und etwas später erhielten wir die Ladung zum Haupttermin am 25. September.

„Dein Freund und Helfer“

## Ein paar Beispiele

Mehr als einmal haben die Porzer „Bullen“ sich schon Dinge geleistet, für die wir schon dreimal bestraft und hinter Schloß und Riegel waren. Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beleidigung, mit dieser Methode sind sie ja bei den Kleinen schnell bei der Hand, aber aus Porz gibt es auch noch ganz andere „Dinge“ zu melden.

● Wilfried B. durfte sich z.B. vor ca. 3 Jahren wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt verantworten. Bestraft werden konnte er seinerzeit allerdings nicht, denn vor Gericht verstrickte sich der damalige Polizeibeamte Samulski plus Kollege immer wieder in Widersprüche und die Wagnis drohte immer mehr ans Tageslicht zu kommen. Die Wahrheit war u.a., daß den beiden Beamten eine Bemerkung von Wilfried B. nicht gepaßt hatte und dafür Schläge austeilten, die dieser nicht wehrlos entgegennahm. Dafür fand er sich später mit Tränengas in den Augen wieder auf der Wache, wo die beiden Anzeigenerstatter ihn mit weiteren 4 Kollegen verprügelten. Durch die ständigen Widersprüche, ein ärztliches Attest, dessen Inhalt sich die beiden Polizeibeamten „nicht erklären konnten“ sah sich das Gericht schließlich veranlaßt, den Beamten aufzugeben, weitere Zeugen heran zuschaffen. Die Verhandlung wurde unterbrochen und unseres Wissens nach das Verfahren später „eingestellt“.

● Am 23.6.85 wurde Uwe G. auf der Gremberghover Straße/Höhe Kölner Straße von einer Funkstreife angehalten. Er sollte die Personalien angeben! Aus Ärger über die rüde Tonart verweigerte er dies und fing eine Auseinandersetzung mit den Beamten über ihr unbegründetes Vorgehen an, in dem ihm auch eine ärgerliche Bemerkung herausrutschte. Er erhielt dafür eine „Ohrfeige“, er wurde ins Auto geschubst und landete schließlich auf der Porzer Wache in der Zelle. Als er Name und Dienstgrad der Beamten erfahren wollte erhielt er keine Antwort. Auf sein Begehren hier den Vorfall zu Protokoll geben und eine Anzeige wegen Körperverletzung erstatten zu wollen, „erfuhr“ er, daß man hier in eigener Sache keine Anzeige entgegennahme. Nach 1 1/2 Stunden er hatte seine Personalien immer noch nicht angegeben - holte man ihn heraus und deutete ihm an, daß man ihn nicht für ganz richtig im Kopf hielte und das in „Merheim“ (landeskran kenhaus=Psychiatrie) enden könne, was er allerdings mehr für einen Witz hielt. Die Porzer „Spezial-Staatsgewalt“ fuhr ihn dann zum Waidmarkt. Dann auf die Wache nach Mülheim. Mehr aus Wut und Trotz verweigerte er immer noch seine Personalien.

Nachmittags um 14.30 Uhr gab er das allerdings auf: auf der geschlossenen Aufnahme station des LKH Merheims

Die Ärztin hatte schon seine ZWANGS-UNTERBRINGUNG in Arbeit, da er nach Angaben der Porzer Polizeibeamten mitten (!) auf der Straße gelaufen sei, barfuß (!) und einen verstörten Eindruck gemacht habe. Nachdem er der Ärztin den Hergang dieser „Beamtenstory“ erzählt hatte konnte er nach 45 Minuten Klinikaufent als freier (?) Mensch die Klappe verlassen (bis zum nächsten Mal?).

● Und auch die Geschichte, die am 26. Februar ihren Anfang nahm und nach dem Willen der Polizeibeamten KITZE und BIEBER am 25.9. mit unserer Verurteilung enden soll, nimmt sich unter diesen „Musterbeispielen der Porzer Bullen ‘Strategie und Taktik’“ nicht minder unsauber aus: Denn in Wahrheit sind Ausdrücke, die KITZE und BIEBER hier vor Gericht bezeugen wollen nie gefallen. Es stimmt wohl daß wir (drei Angeklagte) von ihnen beim Plakattieren angehalten worden waren und es zwischen der Angeklagten Kaecke und ihnen zu einer Auseinandersetzung kam: Der Anlaß war, daß der Beamte Kitz dem Jugendlichen Frank K. meinte „befehlen“ zu müssen, sofort sein Radio, daß dieser wohl mehr um seine Unsicherheit zu überspielen und jugendliche Stärke zu demonstrieren, etwas laut gedreht hatte, auszumachen, sonst würde das Ding beschlagnahmt. Als die Mitangeklagte Kaecke daraufhin sagte, jetzt sei es langsam genug, sie sollen jetzt die Personalien aufschreiben und könnten ja ne Anzeige machen aber ansonsten sollen sie die Leute in Ruhe lassen drehten diese Polizeibeamten angesichts soviel Respektlosigkeit vollends durch. Sie sprangen aus dem Auto Antsatt aber wie angedroht, den Kassetenrecorder, den dieser übrigens aus Angst vor den Dingen, die da kommen könnten schon leiser gedreht hatte, zu beschlagnahmen drängten sie Frank K. ins Auto und fuhren ihn auf die Wache. Nachdem sie in ca. 1 1/2 Stunden festgehalten hatten, ließen sie ihn laufen, nicht ohne ihm vorher die Zeit mit Fragen wie „Ob er mal ins Krankenhaus möchte, zu verkürzen“.

Das alles ist mehr, als man ertragen kann

Der Angeklagte Frank K. mußte nämlich bisher mehr als die Hälfte seines Lebens im Heim und zuletzt in der „Irrenanstalt“ Bedburg Hau verbringen, weil keiner etwas besseres für ihn hatte. Erst als er dort weglief und schließlich zu uns kam, konnte er zum ersten Mal in Freiheit leben, sein eigenes Geld verdienen und sich als Mensch in dieser Gesellschaft fühlen. Die Angeklagte Klaudia K. damals 17 war zu Hause von ihrem trinkenden Stiefvater rausgeekelt worden. Sie stand auf der Straße. Das Jugendamt wollte sie zurückschicken, da der Vater gerade einmal wieder abgehauen war. Daß er jetzt wiederkommen könnte, interessierte dort keinen. Dies blieb so, bis sie schließlich bei uns Aufnahme fand.

BRAVO! Solche Polizeibeamte wie Kitz und Bieber sind wirklich hervorragend dazu geeignet, auf Jugendliche wie Frank K. und Claudia K. „beschützenden“ Einfluß zu nehmen.

● Beim Verteilen dieses Textes als Flugblatt wurde den Verteilern von der Porzer Polizei in Wild-West-Manier die Flugblätter abgenommen: Sie hatten dazu kein Recht z.B. in Form einer einstweiligen Verfügung, sie stellten auch keine Quittung aus, was ihre Pflicht bei Beschlagnahme ist und verdrehten den Verteilern die Arme.

Der Prozeßtermin zum Vorfall vom 26. Februar wurde kurzfristig aufgehoben. Das Gericht gab der Staatsanwaltschaft auf erneut zu ermitteln.

● Porzer Selbsthilfe e.V.  
Ensener Weg 64-68  
Tel. 820/12880

# LEG schlägt wieder zu!

Unser Sanierungsträger hat mal wieder gezeigt, mit welchen Methoden sanieren wieder Spaß macht:

Nach der Räumung der Zugasse 43/45 hätte man annehmen dürfen, die LEG würde diese Häuser einem edleren Zweck zuführen als wir es wollten: Wir retteten die Häuser vor dem Abriß um billigen Wohnraum für die Leute im VEEDDEL zu erhalten. — Doch die LEG hatte eine bessere Idee, Sie richtete sich ein Abschiebehotel ein!!

● Die türkische Familie T. wohnt schon seit 10 Jahren im Veedel. Ihre Wohnung in der Brunostraße zu 130 DM bildet ihre Lebensgrundlage. Nun wurde sie in die Zugasse 43 verpflanzt, bis ihre Wohnung fertig modernisiert ist. Mit Absicht wurde wohl vergessen daß sie dann die Miete von 480 DM nicht mehr zahlen kann. Übrig bleibt ihnen nur, Deutschland zu verlassen ärmer als zuvor und um 20 Jahre Arbeitskraft beraubt. Und die LEG schaut mal wieder ab.

Auch die Familie D. aus der Annostraße 6 ● wird die Mietsteigerung von 105 auf 450 DM (das sind mehr als 400 %) nur schwer tragen können. Da die LEG sie sowieso nicht mehr im Veedel haben will, hat sie erst gar nicht mit den Renovierungsarbeiten begonnen. Seit 1 1/2 Monaten wartet nun die Familie vergeblich auf Wiedereinweisung in ihre Wohnung, die sie seit 10 Jahren bewohnt!!

Wenn schließlich alle türkischen Familien des Veedels in der Zugasse wohnen braucht man die Häuser dieser Straße nur noch zu planen um sie los zu werden, wenn sie nicht schon müde von der ewigen Hin- und Herschieberei selber abgehauen sind.

Es wäre ja auch unangebracht, wenn sie gerade am zukünftigen Park des Veedels wohnen würden. Dies ist für andere „Bevölkerungsschichten“ vorbehalten.

● Auch Familie G. aus der Brunostraße wartet vergeblich in der Zugasse. Seit Monaten steht ihres und das Nachbarhaus leer. 30 leere Häuser im Veedel und kein Platz für Sanierungsoffer!!! Und da die LEG mit ihrem Schweinkram nicht alleine bleiben will, bekommt sie auch tatkräftige Unterstützung von privater Seite: In der Kurfürstenstraße 3 schikaniert die Eigentümerin ihre Mieter so lange bis diese sich auch durch den Mieter schutzbund nicht mehr wehren können. Von den neuen Mietern verlangt sie dann statt 5 50 DM/qm bis zu 13 DM/qm. Und das bei 3 Jahres Mietverträgen und ohne irgendetwas an den Wohnungen getan zu haben. „Privatrechtliche Fragen hören da auf wo Sanierungsziele berührt werden“ meinte dazu SPD Kleve bei der letzten Sitzung des Sanierungsbeirats. Doch die LEG bzw. die Stadt tut und hört nichts denn die Vermieterin handelt ja in deren Intresse. Da ist es kein Wunder, daß man den SSK im Veedel nicht dulden kann, er könnte ja die Leute dazu bringen sich gegen den Raub ihrer Existenzgrundlage zu wehren. Und genau das wollen wir: WEHRT EUCH!!! Laßt Euch nicht von den Geschäften machern in Eurem Veedel vertreiben!! Melden Sie sich bei uns! Führen Sie mit uns die Normenkontrollklage, die die Sanierung endlich aufhebt.

SSK/SHS  
Salierring 34  
Tel. 213175



# Besetzung schlägt zurück!

Am Montag, 7. Oktober besetzten der SSK/SKSDas Wohnhaus Zwirner Straße 12. Hier soll eine Möglichkeit geschaffen werden, daß auch Leute mit wenig oder keinem Geld in der Südstadt wohnen bleiben können. Erste Verhandlungen mit der Stadtverwaltung wenige Tage später. Das von der Stadt erstellte Protokoll (siehe Dokument) schwankt zwischen Dummstellung, Abschiebung und Nötigung.

Stadt Köln

Der Oberstadtdirektor

Datenstelle	Datum	Bearbeiter	Telefon
16/163/1	10.10.1985	Herr Kurtenbach	221-3902

## Besprechungsniederschrift

### Besprechungsgegenstand

Sanierung Severinsviertel  
Besetzung Wohnhaus Zwirner Straße 12  
Erörterung der Möglichkeiten für eine rechtmäßige Inbesitznahme und Modernisierung des Hauses durch den SSK/SHS.